



HESSISCHER LANDTAG

19. 02. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Einbindung des geplanten, unterirdischen Fernbahntunnels in ein gesamtheitliches, verkehrspolitisches und städtebauliches Konzept

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass sie bei der Vergabe der Machbarkeitsstudie im März 2020 zur Planung und dem Bau des Frankfurter Fernbahntunnels alle Verkehrswege in der Metropolregion berücksichtigen wird, insbesondere die Anpassung der Verkehrsstraßen rund um den Frankfurter Hauptbahnhof mit An- und Abfahrtswegen über bestehende Straßenverkehrsachsen, Ein- und Ausfallstraßen zum Frankfurter Hauptbahnhof und neu zu planende Verkehrsstraßen und Straßentunnel, um dem zukünftigen erhöhten Verkehrsaufkommen von mehr als 17.500 Personen pro Tag durch den Bau des unterirdischen Fernbahnhofs gerecht zu werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zusammen mit der Stadt Frankfurt ein städtebauliches Konzept zu entwickeln, damit der bestehende Hauptbahnhof, der geplante, unterirdische Fernbahnhof und die frei werdenden Grundstücke im heutigen Bahnhofs- und Gleisbereich sich ideal in das bestehende Stadtviertel eingliedern und die Lärmbelastung für die Anwohner des Bahnhofsviertels aufgrund des gestiegenen Verkehrsaufkommens so weit wie möglich eingedämmt wird.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Machbarkeit eines Straßenverkehrstunnels beispielsweise auf der Achse Ludwig-Erhardt-Anlage bis Kennedyallee, also die B 44, mit unterirdischer Anbindung an den Fernbahntunnel zu untersuchen, sodass der gesamte Straßenverkehr im Bereich des Hauptbahnhofs untertunnelt wird und damit ein neues Gesamtkonzept für Verkehr und Städtebau für das Bahnhofsviertel erforderlich ist.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die Stadt Frankfurt einzuwirken, dass für das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen von mehr als 17.500 Personen pro Tag aufgrund des neuen Fernbahnhofs eine ausreichende Anzahl an Auto- und Fahrradparkplätzen eingeplant wird. Zu prüfen ist der Bau einer Tiefgarage mit einer Kapazität von mindestens 800 Pkw- und 2.000 Fahrradstellplätzen, dass später nach Fertigstellung das heutige „DB-Bahnpark-Süd“-Gebäude abgerissen und die Fläche städteplanerisch in ein Gesamtkonzept des neuen Bahnhofsviertels integriert werden kann. Die erhöhte Parkplatzkapazität ist notwendig, weil viele Auto-Pendler aus dem Umland, die heute den Fernbahnhof am Flughafen Frankfurt für ihre ICE Anbindung nutzen, dann in die Frankfurter Innenstadt zum neuen Fernbahnhof fahren werden und fahren sollen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. Februar 2020

Der Fraktionsvorsitzende:
Robert Lambrou